

Aus dem Landtag vom 23. Januar 2014

Zur Übersicht und zu den Dokumenten: <http://gruenlink.de/owv>

Bürgerschaft einmütig für Aktionsplan gegen Homophobie

Die Angst vor Schwulen, Lesben und Bisexuellen, verbunden mit Feindseligkeit und ausgrenzendem Verhalten: Das ist Homophobie. Auch wenn die rechtliche Gleichstellung in Deutschland sehr weit fortgeschritten ist, müssen Homosexuelle in unseren Städten immer noch verbale und körperliche Gewalt befürchten. Ein Koalitionsantrag fordert vom Senat einen „Aktionsplan Homophobie“. Damit einhergehen soll die Einrichtung von Sonderzuständigkeiten bei Polizei und Staatsanwaltschaft, wie auch die Erstellung einer verbindlichen Handreichung für den Sexualkundeunterricht. Ebenso soll das „Diversity Management“ im öffentlichen Dienst auf den Prüfstand gestellt werden, bei dem alle Beschäftigten mit all ihren äußerlichen und subjektiven Unterschieden gleich behandelt und wertgeschätzt werden sollen. Und die Unternehmen unter Einfluss Bremens sollen dazu bewogen werden, die „Charta der Vielfalt“ zu unterzeichnen, im Jahr 2006 von Daimler, der Deutschen BP, der Telekom und der Deutschen Bank als Maßstab für Personalgewinnung und Personalführung initiiert.



Der schwulen- und lesbenpolitische Sprecher Björn Fecker betonte: Homophobie geht alle an. Homophobie ist ein Angriff auf die Grundwerte unserer Gesellschaft und unserer Verfassung. Niemand darf aufgrund seiner sexuellen Identität, aufgrund des Geschlechts,

der Abstammung, der Sprache, der Behinderung, der Heimat und der Herkunft, des Glaubens und der religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt werden. Bei der Freiheit des Einzelnen und dem Recht auf sexuelle Selbstbestimmung dürfen in einer demokratischen Gesellschaft keine Abstriche gemacht werden.

Vorige Woche machte eine Petition in den Medien die Runde, die sich gegen den Bildungsplan der baden-württembergischen Landesregierung wendet. Die in der Petition verwandten Begründungen, warum SchülerInnen im Unterricht nicht ohne ethische Bewertung die sexuelle Vielfalt dargestellt werden sollte, waren geprägt von Vorurteilen und Unwahrheiten gegenüber Homosexuellen. Deutschlandweit und auch in Bremen fanden sich eine erschreckend hohe Zahl von Menschen, die diese Haltung mit ihrer Unterschrift unterstützen. Hierzu lehnten alle Fraktionen diese Vorurteile als von Hass geprägt, absurd und perfide ab. Der rot-grüne Antrag wurde in namentlicher Abstimmung einstimmig angenommen.

Freihandelsabkommen zwischen EU und USA: Schluss mit der Geheimniskrämerei!

Zwischen der EU-Kommission und den USA wird ein Freihandelsabkommen (Transatlantic Trade and Investment Partnership – TTIP) verhandelt. Durch die Beseitigung von Handelshemmnissen wie Zölle oder Industriestandards werden Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze erhofft. Gerade für ein Exportland wie Deutschland und damit auch für den Standort



Fraktion
Bündnis 90/DIE GRÜNEN
in der
Bremischen Bürgerschaft

Schlachte 19/20 • 28195 Bremen

Tel.: 0421/3011-0
Fax: 3011-250

fraktion@gruene-bremen.de
www.gruene-fraktion-bremen.de

Bremen wäre ein solches Abkommen von hoher Bedeutung. Andererseits wird befürchtet, dass mit diesem Vertrag hohe europäische Standards in den Bereichen Umwelt-, Gesundheits- und Verbraucherschutz, Medien und Kultur unter die Räder kommen könnten. Die Verhandlungspositionen der EU liegen dem Senat vor, allerdings als geheime Verschlussache. Mit einer von der grünen Fraktion angeregten Großen Anfrage ging die Koalition den Hoffnungen und Risiken eines solchen Abkommens nach.



Hermann Kuhn, europapolitischer Sprecher, hält die Geheimhaltung der Verhandlungsposition der EU vor den BürgerInnen für dumm, denn gerade dadurch würden Ängste, Befürchtungen und Skepsis erst recht nicht ausgeräumt. Diese bestehen etwa darin, dass die hohen europäischen Standards ins

Rutschen geraten würden. So gilt hier das Prinzip, dass Hersteller und Verkäufer die Unschädlichkeit ihrer Produkte nachweisen müssen; in den USA gibt es dauerhafte Verbote nur, wenn die Schädlichkeit nachgewiesen ist. Dies mache den Weg frei für Hormonfleisch, chlorbehandelte Hühnchen oder Zusatzstoffe in Spielzeug. Weiterhin wird befürchtet, dass mit einer Liberalisierung im Agrarbereich die industrialisierte Landwirtschaft vorangetrieben würde, mit allen negativen Folgen für Mensch, Tier und Umwelt. Ein dritter Punkt dabei ist die Einführung eines Mechanismus zur Streit-schlichtung zwischen Staat und Investoren: Damit könnten Investoren nicht nur durch nachträgliche Klagen das Recht des Staates, souverän neue Regeln wie etwa den Atomausstieg zu setzen, aushebeln, sondern schon im Vorfeld durch Androhung von Schadensersatzklagen.

Verantwortung für Offshore-Windenergie-Investitionen wahrnehmen

Auf der 8. Maritimen Konferenz haben im April 2013 hochkarätige VertreterInnen von Bund, Ländern und aus der Wirtschaft die Bedeutung der Offshore-Windenergie für eine erfolgreiche Energiewende betont. Wenn es aber ums Geld geht, hält sich der Bund mit Zusagen vornehm zurück. Ein Koalitionsantrag bekräftigt die Forderung aus der Konferenz an den Bund nach verbindlichen Rahmenbedingungen und klaren Zusagen zur Finanzierung der für die Offshore-Windenergie unverzichtbaren Investitionen in die Infrastruktur.



Der arbeitsmarktpolitische Sprecher Frank Willmann griff die gestern bekannt gewordenen Entlassungspläne der Firma Areva, die in Bremerhaven Windräder produziert, auf. Waren im Herbst 2013 schon Entlassungen von LeiharbeiterInnen das Thema, geht es nun um die Stammebelegschaft, hier vor

allem im Bereich der IngenieurInnen. Für Willmann ein Beispiel dafür, wie wichtig und aktuell der heute einstimmig beschlossene Antrag ist. Er erneuerte die Kritik an der unzureichenden Unterstützung der Energiewende auch durch die neue Bundesregierung.

Vom Umgang mit Gebäudemonstern

In Bremen stehen noch rund 100 alte oberirdische Luftschutzbunker, die unterschiedlich genutzt werden, zum Beispiel als Lagerräume oder als Probenräume für Musikgruppen. Vermehrt werden sie aber auch zu



Fraktion
Bündnis 90/DIE GRÜNEN
in der
Bremischen Bürgerschaft

Schlachte 19/20 • 28195 Bremen

Tel.: 0421/3011-0
Fax: 3011-250

fraktion@gruene-bremen.de
www.gruene-fraktion-bremen.de

Wohnhäusern umgebaut oder für Neubauten abgerissen, was angesichts der massiven Bauweise problematisch ist. Dabei werden diese Maßnahmen laut Landesbauordnung nicht anders behandelt als andere Häuser. Die Nachbarschaft dieser Bunker befürchtet allerdings Schäden an ihren Häusern, vor allem durch die entstehenden Erschütterungen beim Abriss. Beim Bunker in der Braunschweiger Straße hatte das Bauressort den Abriss freiwillig eng begleitet und überwacht und dadurch den AnrainerInnen größtmögliche Sicherheit verschafft. Hier setzt ein Koalitionsantrag an, der verbindliche Regelungen für die Um- oder Nachnutzung dieser Bunkeranlagen fordert. Dabei soll auch geprüft werden, ob es für diese in der Landesbauordnung doch eine Sonderregelung geben soll.



Der baupolitische Sprecher Carsten Werner gab zu, dass mit dem Antrag nicht jeder Anwohnerin und jedem Nachbarn alle Sorgen genommen werden können, wenn nebenan schweres Gerät anrollt. Aber mit verbindlichen Kriterien und Verfahren kann den Behörden, den EigentümerInnen und auch der

Nachbarschaft geholfen werden, solche größeren Bauvorhaben verlässlich, verträglich und transparent zu gestalten. Und wo das möglich ist, wo also zum Beispiel Bremen Eigentümerin der Bunker ist, sollte dieser Prozess schon bei der Ausschreibung, Vermarktung und Vergabe beginnen: Denn es ist wünschenswert, dass neben Sicherheitsfragen auch städtebauliche und architektonische Kriterien und die konkreten Nachnutzungskonzepte eine Rolle spielen, wenn über die Zukunft von Bunkern nachgedacht und entschieden wird. Diese Möglichkeiten auch für die Bunker in Bundesbesitz nutzen zu können, soll der Senat eruieren.

Weg aus der Schuldenfalle: Altschuldentilgungsfonds

Die Staatsschulden und die damit verbundenen Zinszahlungen belasten die Bundesländer und Gemeinden enorm. Das mit der im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse verknüpfte Neuverschuldungsverbot ist ohne eine Regelung der über Jahrzehnte angewachsenen Altschulden unmöglich einzuhalten. Besonders für das Haushaltsnotlageland Bremen hat dies existenzielle Bedeutung. Deshalb fordert die Koalition mit einem Antrag den Senat auf, sich auf Bundesebene für die Bildung eines Fonds zur Tilgung der Altschulden einzusetzen. Der geordnete Ausstieg aus der Schuldenfalle sei schließlich von allgemeinem Interesse und daher als gesamtstaatliche Aufgabe zu betrachten.



Dieses allgemeine Interesse untermauert der finanzpolitische Sprecher Hermann Kuhn: Da ist das Argument einer größeren Marktmacht bei einer gemeinsamen Refinanzierung aus einem Fonds; bei höheren Zinsen schon von Bedeutung. Wichtiger: Die Stärkung des föderalen Zusammenhalts durch ähnliche,

gleichwertige Ausstattung aller Ebenen und Teile unseres Gemeinwesens. Und schließlich und vielleicht am wichtigsten: größere ökonomische wie politische Stabilität durch ein gemeinsames, auf viele Jahre angelegtes fest vereinbartes Regelwerk. Eine Selbstbindung, Selbstverpflichtung der Politik. Für niemanden ein Geschenk, sondern die Verpflichtung zu vermehrten Anstrengungen.



Fraktion
Bündnis 90/DIE GRÜNEN
in der
Bremischen Bürgerschaft

Schlachte 19/20 • 28195 Bremen

Tel.: 0421/3011-0
Fax: 3011-250

fraktion@gruene-bremen.de
www.gruene-fraktion-bremen.de